UK-GE-01-049-2

Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Rüdiger Höwler (Göppingen KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 48 bis 60:
Energien-Gesetzes (EEG). Wir Grünen wollen die jährlichen Ausbauziele kräftig anheben und an die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens anpassen. ~~Millionen Bürgerinnen und Bürger, die ihr Dach oder ihren Keller zum Kraftwerk machen oder sich an Energiegenossenschaften beteiligen, sind und bleiben dabei unsere wichtigsten Verbündeten. Sie treiben den dezentralen Ausbau voran. Darum wollen wir sie vom bürokratischen Ausschreibungszwang befreien. Indem wir Mieterstrommodelle ermöglichen, bringen wir die Energiewende mit Solarzellen auch auf die Dächer von Mietshäusern und lassen alle von den Vorteilen einer klimafreundlichen und kostengünstigen Energieversorgung profitieren. Wir führen die milliardenschweren Strompreisrabatte für die Industrie auf ein Minimum zurück und entlasten stattdessen die Verbraucherinnen und Verbraucher. Nur noch solche Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen, sowie energieintensive Prozesse sollen Rabatte erhalten, diese sollen zudem an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft werden.~~

Die zweite Stufe zünden

Wir wollen nach der Einführung des EEG vor fast 20 Jahren nun nicht weniger als die zweite Stufe der Energie-Revolution zünden. Die Zeit dafür ist reif! Vor Ort erzeugte erneuerbare Energie ist dank des damaligen Erfolgs des EEG heute unschlagbar günstig geworden. Höchste Zeit also, die Früchte daraus zu ernten. Alle, egal ob Hauseigentümer, Mieter durch Mieterstrom, Gewerbetreibende wie auch die Industrie sollen daran teilhaben dürfen.

Eigentlich wäre dieser Umbruch bereits automatisch eingetreten, hätte nicht die Regierungspolitik der vergangenen Jahre gegengesteuert. Systematisch wurden neue Hürden in Form von unüberschaubar vielen neuen Verordnungen und Belastungen aufgebaut, um genau dieser Entwicklung entgegen zu wirken.

Das Rezept ist also denkbar einfach wie wirkungsvoll: Wir wollen selbst erzeugten, regenerativen Strom radikal vom Verwaltungsdickicht und Belastungen befreien. Ein Befreiungsschlag, der eine gewaltige Dynamik auslösen wird, ohne dabei eine neue Kostenlawine auszulösen. Das ist die gute Botschaft!

Wir wollen mit dem vor Ort erzeugten, regenerativen Strom eine kostengünstige Versorgung für alle ermöglichen und dabei gleichzeitig die Netze entlasten. So stärken wir die regionale Wertschöpfung und schaffen Arbeitsplätze auf der Fläche. Da versteht es sich von selbst, dass für nicht geförderte Anlagen keinesfalls mehr Obergrenzen gelten dürfen.

Grünstromerzeuger sollen wieder ihren Strom ohne Beaufschlagung mit der EEG-Umlage verkaufen dürfen, wenn Sie keine Fördermittel hieraus beziehen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit! So wollen wir wieder einen funktionierenden Grünstrommarkt mit vielen Akteuren etablieren.

Wir führen die milliardenschweren Strompreisrabatte für die Industrie auf ein Minimum zurück

und entlasten stattdessen die Verbraucherinnen und Verbraucher. Nur noch solche Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen, sowie energieintensive Prozesse sollen Rabatte erhalten, diese sollen zudem an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft werden.

Begründung

1. Ersetzen der Passage „Millionen Bürgerinnen …

- Erweckt den Eindruck, dass wir am Bisherigen herumschrauben, aber nicht grundlegend was ändern wollen. Und bleibt dabei leider unkonkret in der Aussage.

- Hier muss ein klares Signal her: Weg mit unberechtigten Umlage-Belastungen sowie überbordenden Vorschriften und Bürokratismus um Cent-Beträge. Das ist das mindeste, was insbesondere unsere Wähler von uns erwarten. Hier können wir uns kein rumeieren erlauben.

- Die Änderungen, die wir vornehmen wollen, generieren nicht neue Kosten sondern es sollen alle davon profitieren. Vor allem auch die, die bisher von der EEG-Umlagenbelastung am stärksten betroffen sind und waren: Mieter und Gewerbetreibende. Das muss ganz deutlich werden, wenn wir hier punkten wollen.

- Eine Umlagenbelastung von Strom aus EE-Anlagen, die keine Förderung beanspruchen, ist nicht gerechtfertigt. Denn mit der Errichtung solcher Anlagen werden schließlich genau die Ziele umgesetzt, die das EEG ursprünglich verfolgt, ohne dabei diese Förderung in Anspruch zu nehmen. Weil praktisch alle Nutznießer dieser positiven Entwicklung sein können und sollten, ist die Argumentation der angeblichen „Entsolidarisierung“ schlicht Unsinn und nur vorgeschoben. Zur Vorhaltung zusätzlicher Erzeugungskapazitäten sollten die Versorger die Freiheit haben, diese Kosten über eine entsprechende Tarifgestaltung zu kompensieren, die solche Effekte mit berücksichtigt. Das aber bitteschön im Wettbewerb und eben nicht per Verordnung durch unberechtigte Belastung des Eigenstroms mit der EEG-Umlage. Deshalb die klare Ansage von uns: Wir schaffen die Abgaben und Steuern auf regenerativ erzeugten Strom außerhalb des öffentlichen Netzes ab. Das muss klar rüber kommen.

2. Grünstrom, ein ganz wichtiges Thema, ist überhaupt nicht im Wahlprogramm zu finden.

- Seit 2009 verkommt jede EEG-vergütete Kilowattstunde Grünstrom auf dem Spottmarkt zu Graustrom. Denn seither muss dieser ausschließlich dort verkauft werden. Die Vermarktung als Grünstrom ist nahezu unmöglich, seitdem selbst auf nicht geförderten, regenerativen Strom die EEG-Umlage fällig wird. Das macht den Grünstrom hierzulande um etwa 50% teurer als nötig. Deswegen können Grünstromkunden hauptsächlich nur aus Stromzukäufen aus Skandinavien oder den Alpenländern bedient werden. Das muss sich grundlegend ändern! Wir wollen regenerativen Strom, der nicht durch die Umlage gefördert wird, grundsätzlich wieder von EEG-Umlagen-Belastung befreien. So machen wir den Weg frei für echten Wettbewerb im Strommarkt und beleben gleichzeitig die Akteursvielfalt.

Unterstützer*innen

Annegret Höwler (Göppingen KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Christian Hajduk (Alb-Donau KV); Ruth Cremer-Ricken (Waldshut KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Carina Hennecke (Rendsburg-Eckernförde KV); Werner Weindorf (München KV); Kristian Petrick (Berlin-Mitte KV); Walter Schüschke (Hamburg-Altona KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Margit Stumpp (Heidenheim KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV); Hans-Martin Hartmann (Heidenheim KV); Markus Mezger (Esslingen KV); Harald Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Carmen Ketterl (Göppingen KV); Michael Sautter (Heidenheim KV); Jürgen Ernst (Waldshut KV); Niklas Nüssle (Waldshut KV); Norbert Utz (Waldshut KV)